

Michael Schöfer

Tag für Tag - September 2017

30. September 2017

Der Deutsche Bundestag besteht laut Bundeswahlgesetz aus 598 Abgeordneten: 299 Wahlkreisabgeordnete und die gleiche Anzahl über die Landeslisten der Parteien gewählt. So lautet zumindest die Theorie, faktisch sind es mehr als 598: Der 15. Deutsche Bundestag bestand aus 603 Abgeordneten, der 16. Deutsche Bundestag aus 614, der 17. Deutsche Bundestag aus 622, der 18. Deutsche Bundestag aus 631. Und der am 24. September gewählte 19. Deutsche Bundestag wird aus 709 Abgeordneten bestehen. Das sind 18,6 Prozent mehr, als das Wahlgesetz vorsieht. Rekord!

Grund sind die vielen Überhangmandate, die voll ausgeglichen werden. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei viele Direktwahlkreise gewinnt und damit mehr Abgeordnete hat, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis eigentlich zustehen würden. Direkt gewählte Abgeordnete bekommen natürlich immer ein Mandat. Aber damit andere Parteien, die weniger Wahlkreise erobern, dadurch keine Nachteile erleiden, bekommen sie Ausgleichsmandate. Alles andere würde auch den Wählerwillen verfälschen. Das schlechte Zweitstimmenergebnis der Union bei der Bundestagswahl 2017 führte zwangsläufig zu einem aufgeblähten Parlament. Solange sieben Parteien in den Bundestag einziehen, wird sich das auch wohl kaum ändern.

Lösung: Schafft die Direktwahlkreise ersatzlos ab, dann erübrigen sich die Überhangmandate und demzufolge auch die Ausgleichsmandate von alleine. Wer braucht eigentlich Wahlkreisabgeordnete? Keiner. Am Wochenende den direkten Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern pflegen? Dass ich nicht lache... Das geht dank der modernen Kommunikationstechnik viel, viel besser. Man braucht einen Abgeordneten, der tatsächlich erreichbar ist. Wo der konkret sitzt, vor Ort oder im 480 km entfernten Berlin, ist heutzutage vollkommen irrelevant. Werden die Direktwahlkreise ersatzlos abgeschafft, hat der Bundestag endlich wieder die vorgeschriebene Anzahl an Abgeordneten. Damit die Wählerinnen und Wähler trotzdem bestimmte Persönlichkeiten bevorzugen können, müssten sie anstatt der unveränderten Liste auch einzelne Kandidaten wählen dürfen. Die Reihenfolge der Landesliste bestimmt dann das persönliche Stimmergebnis.

27. September 2017

Da kommt etwas auf uns zu. Nicht politisch auf Deutschland, sondern biologisch auf die Menschheit. Mit der relativ neuen Genschere CRISPR/Cas können Wissenschaftler unser Erbgut nach Belieben und hochpräzise manipulieren. Mit dem sogenannten Gen Drive kann man Tierarten womöglich sogar ausrotten, jedenfalls wird das gegenwärtig erwogen. Man schleust CRISPR/Cas gezielt in die Keimbahn von Insekten ein, die Krankheiten wie Malaria übertragen. Die Genschere wird bei jeder Fortpflanzung weitergegeben und soll nachfolgende Generationen durch eine Genveränderung unfruchtbar machen. So lange, bis auch das letzte Insekt unfruchtbar geworden ist. Mit den Insekten verschwinden dann auch die für den Menschen gefährlichen Krankheiten. So zumindest die Theorie.

Dieses Prinzip ist allerdings keineswegs auf Insekten beschränkt, im Grunde kann man mit CRISPR/Cas jede Spezies manipulieren. Wissenschaftler denken derzeit darüber nach, auf diese Art und Weise invasive Arten auf tropischen Inseln auszurotten, beispielsweise dort eingeschleppte Nagetiere. Das Problem dabei: Entkommt ein genmanipuliertes Tier auf eine benachbarte Insel oder auf das Festland, könnte die Art am Ende ungewollt von der Erde verschwinden. Potenziell ließe sich damit auch die Menschheit dezimieren oder sogar vollständig ausrotten. Der Mensch ist daher in der Lage, mit CRISPR/Cas Gott zu

spielen - er kann Arten nach Gutdünken verändern und eliminieren. Da läuft einem wirklich der kalte Schauer über den Rücken.

Die revolutionären Methoden der Biologen spielen bedauerlicherweise im öffentlichen Diskurs noch keine Rolle, obgleich das Risiko für unsere Ökosphäre riesengroß ist. Was genetisch manipulierte Organismen, sofern sie einmal freigesetzt wurden, in der Umwelt anrichten, vermag niemand zu sagen. Und erfahrungsgemäß sind gezielte Eingriffe des Menschen selten segensreich. Es wird Zeit, darüber endlich in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Entscheidung darf nicht allein den Experten überlassen werden.

26. September 2017

So schnell kann das gehen: Vor zwei Jahren galt Frauke Petry, die damals den AfD-Gründer Bernd Lucke aus dem Amt des Parteivorsitzenden drängte, noch als Intrigantin und Scharfmacherin. Der national-konservative Parteiflügel habe über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel gesiegt, hieß es, was allenthalben als Rechtsruck der AfD interpretiert wurde. Galionsfigur des national-konservativen Parteiflügels: Frauke Petry. Jetzt behauptet sie plötzlich, Realpolitik machen zu wollen, und wird von den Medien als Vertreterin des gemäßigten Parteiflügels präsentiert. Ihre Weigerung, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion zu werden, soll ihr neues Image unterstreichen. Der angekündigte Parteiaustritt tut hier ein Übriges.

Doch so schnell wird aus einer Scharfmacherin keine akzeptable Reala. Politische Standorte sind relativ. Wenn Petry innerhalb der AfD neuerdings als gemäßigt gilt, bedeutet das nicht, dass sie auch im politischen Spektrum der Bundesrepublik eine gemäßigte Position einnimmt. Muss man wirklich daran erinnern, dass Petry am 30. Januar 2016 in einem Interview mit dem Mannheimer Morgen den Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge befürwortete? Frage MM: "Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall [wenn ein Flüchtling über den Grenzzaun klettert und deutschen Boden betreten will] reagieren? Petry: Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen." Seinerzeit hat sich übrigens Alexander Gauland von Petrys Äußerung distanziert. Ja, genau der Gauland, der heute gerne mit rassistischen Äußerungen provoziert.

Wer glaubt, Petry sei tatsächlich gemäßigt, fällt auf eine Inszenierung herein. Selbst wenn die AfD abermals nach rechts rückt, ändert das an der Einschätzung der Person von Frauke Petry keinen Deut, ihr Standort dürfte nämlich noch der gleiche sein wie vor ein oder zwei Jahren. Und schon damals galt sie in meinen Augen als inakzeptabel.

24. September 2017

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist in der Tat dramatisch: Mit einem Minus von 8,4 Prozent für die Union (Hochrechnung Stand 18:57 Uhr) müsste die Regierungschefin eigentlich zurücktreten. Angela Merkel hat für CDU und CSU das zweitschlechteste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik eingefahren. Nur 1949 war der Stimmanteil mit 31,0 Prozent noch niedriger als 2017 (33,1 %). Warum sie mehrfach betont, der Wahlkampf habe Spaß gemacht, ist in meinen Augen ein Zeichen für Realitätsverlust. Heute scheint jedenfalls festzustehen: Sie wird wohl kaum ein fünftes Mal antreten, sondern im Laufe der Legislaturperiode den Staffelstab weitergeben. Bloß an wen? Es ist weit und breit kein Kronprinz in Sicht.

Die SPD muss in die Opposition, denn das ist ihre einzige Chance, das Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern. Doch der Jubel im Willy-Brandt-Haus war beängstigend und ebenfalls ein Beleg für Realitätsverlust. Es gibt überhaupt keinen Anlass zu jubeln, wenn die Partei August Bebels gerade ganz knapp an der Katastrophe vorbeigeschlittert ist. Sie kann sich bei Gerhard Schröder und seiner Agenda-Politik bedanken. Seitdem ist die Partei, die das Soziale im Namen führt, total unglaubwürdig. Notfalls, wenn Jamaika schon bei den Koalitionsverhandlungen scheitert, muss es ein Minderheitskabi-

nett geben. Sich wieder Vertrauen zu verschaffen, wird ein harten Stück Arbeit. Und ob es gelingt, ist keineswegs sicher.

Wegen der AfD: Keine Panik, in anderen Ländern sind die Rechtspopulisten wesentlich stärker. Immerhin hat die AfD 87 Prozent der Wählerinnen und Wähler gegen sich. Wenn sich allerdings die soziale Spaltung in Deutschland weiter vertiefen sollte, wird das kein Betriebsunfall bleiben.

23. September 2017

Wer immer noch nicht weiß, was er morgen wählen soll, kann ja im letzten Moment den Wahl-O-Mat bemühen. Bislang haben sich schon 13,3 Millionen durchgeklickt - so viel wie noch nie. Bei mir hat er in puncto Wahlentscheidung voll ins Schwarze getroffen. Doch der Wahl-O-Mat ist falsch konzipiert, denn er soll lediglich eine Entscheidungshilfe vor der Stimmabgabe sein, nach dem Wahlabend wird er wieder eingemottet. Ganz falsch, denn im Grunde bräuchten wir ihn danach umso mehr. Es wird nämlich immer behauptet, die Politiker würden machen, was sie wollen. Ohne Rücksicht auf den Wählerwillen, heißt das. Und viele fragen sich längst, was Parteiprogramme überhaupt wert sind, hält sich ja ohnehin keiner dran. Da könnte der Wahl-O-Mat helfen. Ein teures und aufgeblähtes Parlament wäre überflüssig, die Parteien müssten nach der Bundestagswahl bloß den Wahl-O-Mat konsultieren, der schreibt ihnen dann die Entscheidungen vor.

Schwarz-rote Koalition? Es sind zu verwirklichen: 56 Prozent der Programmpunkte der CDU, 12 Prozent der Programmpunkte der CSU und 32 Prozent der Programmpunkte der SPD. Schwarz-gelb-grüne Koalition? 43 Prozent der Programmpunkte der CDU, 8 Prozent der Programmpunkte der CSU, 28 Prozent der Programmpunkte der FDP und 21 Prozent der Programmpunkte der Grünen. Politik kann so einfach sein - dank Wahl-O-Mat. Sämtliche Streitpunkte werden maschinell entscheiden, zum Beispiel die Obergrenze für Flüchtlinge in einer Jamaika-Koalition. Der Wahl-O-Mat stellt fest: CDU nein, CSU ja, FDP nein, Grüne nein. Voilà, 3:1 gegen die Obergrenze. Gerechter geht's nimmer. Horst Seehofer kann mitsamt seiner Garantie einpacken, er braucht aber auch sein Versprechen, ohne Obergrenze keinen Koalitionsvertrag zu unterschreiben, nicht mehr einzuhalten, schließlich hat der Wahl-O-Mat so entschieden. "Ja mei, do kannst du nix machn."

Vielleicht kann der Wahl-O-Mat auf diese Art und Weise sogar die großen Weltprobleme lösen. Kim Jong-un 0 Prozent. Donald Trump ebenfalls 0 Prozent. Der Atomstreit wird von Steffen Wohlfarth entschieden. Wer zum Teufel ist Steffen Wohlfarth, werden Sie jetzt vermutlich fragen. Wohlfarth ist Stürmer beim baden-württembergischen Oberligisten FV Ravensburg, als seine Mannschaft im Spiel gegen den FSV 08 Bissingen einen unberechtigten Elfmeter zugesprochen bekam, schoss er bewusst neben das Tor. Mit dieser Fair-Play-Einstellung lassen sich bestimmt alle Probleme lösen. Jetzt zeigen Sie mir doch nicht den Vogel, der Wahl-O-Mat irrt sich nie. Ich bin felsenfest davon überzeugt, mit der Methode Wohlfahrt fährt die Welt wesentlich besser als mit der Methode Kim Jong-un oder mit der Methode Trump. Wetten?

22. September 2017

Die sind sich viel zu sicher und werden überheblich, das kann leicht ins Auge gehen. Ein alter CDUler hat mir ausrichten lassen, ich würde am Wahlsonntag "weinen". Kann sein, dass die Partei, die ich wähle, nicht so gut abschneidet, wie von mir erhofft. Aber eins steht offenbar, wenn man den Umfragen glauben darf, bereits jetzt fest: Die Union wird voraussichtlich die größten Verluste einfahren, deshalb werden am Sonntagabend vor allem die Konservativen Anlass zum Weinen haben. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013 kamen CDU und CSU gemeinsam auf 41,5 Prozent, im Durchschnitt der Umfrageinstitute (Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, GMS, Infratest dimap und INSA) steht die Union derzeit bei 36 Prozent - macht summa summarum ein Minus von satten 5,5 Prozentpunkten. Den Umfragen zufolge würde die SPD gegenüber der letzten

Bundestagswahl 4,2 Prozentpunkte einbüßen, die Grünen 0,6 Prozentpunkte verlieren und die Linke sogar 0,8 Prozentpunkte hinzugewinnen. Wahlsieger sind am 24. September wahrscheinlich die FDP und die AfD. Die Union als größter Wahlverlierer - damit kann ich gut leben. Kurioserweise, doch das ist nur der bundesdeutschen Parteienlandschaft geschuldet, wird Angela Merkel trotzdem Bundeskanzlerin bleiben. Gleichwohl reicht es nach den aktuellen Zahlen nur für eine schwarz-rote oder eine schwarz-gelb-grüne Koalition. Nicht meine Wunschkoalition, aber weinen würde ich deshalb nicht.

20. September 2017

Verzeihen Sie mir, aber der spanische Regierungschef Mariano Rajoy ist dumm. Ausgesprochen dumm. Die Unabhängigkeitsbewegung hat zweifellos großen Rückhalt in der katalanischen Bevölkerung. Ob eine Mehrheit die Loslösung von Spanien unterstützt, hätte das geplante Referendum gezeigt. Doch Rajoy versucht alles, um die Abstimmung zu verhindern. Notfalls lässt er Mitarbeiter der Regionalregierung verhaften, Stimmzettel und Wahlurnen beschlagnahmen sowie Ministerien von der spanischen Polizei durchsuchen. Das ist unklug, äußerst unklug. Durch die repressiven Maßnahmen bekommt die Unabhängigkeitsbewegung, die bislang knapp die Hälfte der Katalanen hinter sich weiß, bestimmt großen Auftrieb. Der Ministerpräsident der Region, Carles Puigdemont, wird sich darüber gewiss freuen. Heimlich, still und leise. Rajoy erreicht genau das Gegenteil dessen, was er beabsichtigt. Seine Politik wird die Fronten weiter verhärten.

Man soll nichts beschreien: Noch sind die Separatisten eine demokratische Bewegung, aber das könnte sich bald ändern. Gegen repressive Maßnahmen, die als undemokratisch und unfair empfunden werden, was sie faktisch auch sind, wächst nämlich bloß der Widerstand. Es sind immer irgendwelche Hitzköpfe am Werk, die früher oder später Gewalt anwenden. Rajoys Handeln ist das beste Beispiel dafür, wie ein ursprünglich demokratischer Widerstand in die Gewalttätigkeit abgleitet. Oder anders ausgedrückt: Durch eine bornierte Politik förmlich in die Gewalttätigkeit getrieben wird, was dann wiederum die Repression verstärkt. Wie oft haben sich schon solche, anfangs harmlosen Konflikte gegenseitig hochgeschaukelt? Hat Rajoy nie etwas darüber gelesen?

Noch ist es nicht zu spät, noch kann man den Konflikt friedlich beilegen. Eines dürfte allerdings klar sein: Auf Dauer vermag nur eine immer stärkere Repression die Menschen davon abhalten, ihr demokratisches Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen. Letztlich zum Schaden aller, Spanier wie Katalanen. Warum kann die spanische Zentralregierung nicht zulassen, was der britischen Regierung möglich war? Die Schotten durften 2014 über ihre Unabhängigkeit abstimmen - die Mehrheit entschied sich damals für den Verbleib bei Großbritannien. Doch höchstwahrscheinlich hat Rajoy diese Wegmarke bereits verpasst.

19. September 2017

Donald Trump droht Nordkorea vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: "Die USA stehen für große Stärke und Geduld. Aber wenn wir gezwungen werden, uns selbst oder unsere Verbündeten zu verteidigen, werden wir keine andere Wahl haben, als Nordkorea völlig zu zerstören. Der Raketen-Mann ist auf dem Weg des Selbstmordes für sich selbst und für sein Regime." Jemand, der noch ein Fünkchen Hoffnung auf die Diplomatie setzt, argumentiert anders, weniger aggressiv. Und dem Iran droht der US-Präsident den Ausstieg aus dem Atomabkommen an. Jedem muss klar sein, dass dies die Kriegswahrscheinlichkeit enorm erhöht. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu nahm es erkennbar mit Freude zur Kenntnis.

Ich kann nichts dafür, aber mir fällt im Zusammenhang mit Trump nicht zum ersten Mal der Satz ein, den Robert Oppenheimer nach der Explosion der ersten Atombombe zitierte: "Wenn das Licht von tausend Sonnen / am Himmel plötzlich bräch' hervor / das wäre gleich dem Glanze dieses Herrlichen, und ich bin der Tod geworden, Zertrümmerer der

Welten." Er bezog sich damit auf zwei unterschiedliche Textstellen in der Bhagavad Gita, die er zu einem Satz zusammenfasste. Passend war er trotzdem. Oft liest man auch die Kurzfassung: "Jetzt bin ich zum Tod geworden, der Zerstörer der Welten."

Ob Trump, der noch nicht einmal den Namen des amtierenden UN-Generalsekretärs richtig aussprechen kann, je etwas über Oppenheimer gelesen hat? Der Mann scheint keine Ahnung zu haben, was ein Atomkrieg bedeutet. Das wird nicht dadurch besser, dass es Kim Jong-un offenbar ebenso wenig weiß, sonst würde er nicht genauso irrational mit Atomschlägen drohen. Rationale Politiker, die die furchtbaren Folgen kennen, legen sich diesbezüglich große Zurückhaltung auf und heizen die ohnehin brenzlige Situation nicht noch unnötig auf. Selbst wenn beide nur bluffen - sie könnten sich dennoch verrechnen. Und dann? Der Narzisst Trump sollte bedenken: Dem Zerstörer der Welten setzt man keine Denkmäler.

19. September 2017

Momentan wird uns wieder das Schicksal von Minderheiten ins Gedächtnis gerufen: In Myanmar geht das Militär brutal gegen die muslimische Minderheit der Rohingya vor und vertreibt sie ins Nachbarland Bangladesch, wo die Rohingya allerdings nur geduldet, aber keineswegs willkommen sind. Die Kurden im Nordirak wollen demnächst über ihre Unabhängigkeit abstimmen, werden aber von vielen Ländern vor diesem Schritt gewarnt. Auch die Palästinenser leiden seit Jahrzehnten unter der israelischen Besatzungsmacht. In Spanien zeigt die Zentralregierung in Madrid wenig Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Katalanen und setzt bloß auf Repression. Fast überall gibt es bedrängte Minderheiten - ob nun aus ethnischen, religiösen oder kulturellen Gründen. Minderheiten sind die logische Folge der Idee des Nationalstaats, denn homogene Gesellschaften sind fast überall die Ausnahme.

Es ist weder wünschenswert noch machbar, jeder Minderheit Eigenstaatlichkeit zuzubilligen, aber dazu gehört zwangsläufig, ihre Rechte zu achten. Separatistische Bestrebungen wachsen meist nur dort, wo die Mehrheit eine Minderheit unterdrückt und ihr die Gleichberechtigung vorenthält. Resultat sind die gewaltsamen Auseinandersetzungen, unter denen die Menschen so leiden. Der Nationalismus und die Mythen, auf denen er beruht, sind zwar nicht das einzige Übel dieser Welt, aber - neben der Religion - eines der schlimmsten.

Wer Minderheiten wirklich helfen will, muss daher den übersteigerten Nationalismus bekämpfen. Auch hierzulande kommen die, die stolz darauf sind, ein Deutscher zu sein, ins Stottern, wenn sie erläutern sollen, was ihrer Meinung nach typisch deutsch ist. Pünktlich, diszipliniert, ordentlich und gewissenhaft - ist das wirklich typisch deutsch? Sind alle anderen Völker also per se unpünktlich, undiszipliniert, schludrig und unzuverlässig? In Wahrheit gibt es keinen Grund, sich anderen überlegen zu fühlen. Letztlich muss man sich wieder auf die Einhaltung der Menschenrechte besinnen, dann lösen sich viele Probleme von alleine.

17. September 2017

Sieben Tage vor der Bundestagswahl muss man leider feststellen: Dieser Wahlkampf ist wirklich furchtbar langweilig. Alle spielen weit unter ihrer gewohnten Form, nur die AfD glänzt wie erwartet mit rechtsradikalen Sprüchen. Aber auch die nutzen sich langsam ab. Platz 1 und 2 sind bereits vergeben, wenngleich die SPD das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit befürchten muss. Der Schaukampf der Grünen und der FDP um Platz 3 kommt doch sehr bemüht daher. Das ist so interessant wie die Frage, wer bei der Fußball-Weltmeisterschaft das "kleine Finale" gewinnt. Was ist eigentlich mit der Linken? Die könnte am Ende nach dem Motto, wenn zwei sich streiten, der lachende Dritte sein. Das Potenzial der AfD wird meiner Meinung nach eher unterschätzt, sie hat trotz ihrer verbalen Entgleisungen große Chancen, drittstärkste Partei zu werden. Oder soll man sagen: Gerade

wegen ihrer verbalen Entgleisungen? Extrem enttäuschend: Nicht einmal russische Hacker wollten mit der Veröffentlichung von pikanten Details in das Rennen um die Macht eingreifen. Vielleicht, weil es gar keine pikanten Details gibt. Oder trauen Sie Angela Merkel eine amouröse Affäre zu? Oder etwa Martin Schulz? Und wir haben, anders als die Amerikaner, kein FBI, das Ermittlungen gegen einen der Spitzenkandidaten führt. Okay, Alexander Gauland einmal ausgenommen, gegen den ermittelt zumindest die Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung. Spannend wird es allenfalls nach der Wahl, obgleich es derzeit nur die Wahl zwischen einer Neuauflage von Schwarz-Rot oder zum ersten Mal Schwarz-Gelb-Grün gibt. Wem gewährt wohl die holde Maid im Kanzleramt ihre Gunst? Wem auch immer, jedenfalls dürfte sich hierzulande nicht allzu viel ändern, obgleich es durchaus Änderungsbedarf gibt. Wie ermüdend. Gähn... Weckt mich auf, wenn etwas passiert...

15. September 2017

Wenn man sich auf eines verlassen kann, dann darauf, dass irgendein abgehalfterter Sozialdemokrat seiner Partei kurz vor der Wahl in den Rücken fällt. Insbesondere für Klaus von Dohnanyi, mittlerweile 89 Jahre alt, ist die Warnung vor einer Regierungsbeteiligung der Linken zur Manie geworden. Am 18. September 2005 wurde der 16. Deutsche Bundestag gewählt, am 12. September 2005 warnt Klaus von Dohnanyi im Deutschlandradio vor einer möglichen Regierungsbeteiligung der Linkspartei. "Ich halte jede Koalition mit der Partei Die Linke für einen gravierenden Fehler", sagte er der Welt im Dezember 2008. Im Jahr 2010 prophezeite Dohnanyi seiner Partei sogar den Untergang, falls sie mit den Linken koalitiert. Nun wiederholt sich das Spiel: "Wenn sich Herr Schulz nicht vor der Wahl von der Option Rot-Rot-Grün befreit, werde ich ihn nicht wählen", bekennt Klaus von Dohnanyi. "Ich kann doch am 24. September kein Kreuz bei einer Partei machen, mit der dann eventuell in einer Regierung die Linke Entscheidungen des Bundeskanzlers beeinflusst!" (Die Welt-Online vom 21.09.2017) Gut eine Woche vor der Bundestagswahl wird sich die SPD bei ihm über dieses geschickt platzierte Wahlgeschenk sicherlich von ganzem Herzen bedanken. (Achtung: Ironie!) Zumal es vollkommen unnötig erscheint: Rot-Rot-Grün kommt dem ARD-Deutschlandtrend zufolge derzeit bloß auf 37 Prozent kann und von der Kanzlermehrheit nur träumen. Die Werte der SPD sind aber nicht deshalb so schlecht, weil sie mit den Linken koalitiert hätte, sondern weil sie als Alternative zur Union nicht mehr erkennbar ist.

14. September 2017

Jean-Claude Juncker will die Europäische Union reformieren, aber er springt dabei viel zu kurz. Juncker fordert im Wesentlichen mehr von allem: Der Euro soll in allen Mitgliedstaaten eingeführt und die Schengen-Zone vergrößert werden. Außerdem will Juncker die EU um die Staaten des Westbalkans erweitern. Doch ein Mehr von allem löst weder die strukturellen Problem des Euro noch die der EU selbst. Künftig sollen bei Außen- und Sicherheitsfragen sowie in der Wirtschafts- und Steuerpolitik Mehrheitsentscheidungen möglich sein. Die vorgeschlagenen Strukturänderungen, Juncker will das Amt des Ratspräsidenten mit dem des Kommissionspräsidenten zusammenlegen, der für Währungs- und Wirtschaftsfragen zuständige EU-Kommissar wird auch Chef der Euro-Gruppe, sind eher kosmetischer Natur. Mehr von allem würde die Probleme der Gemeinschaft wahrscheinlich eher vergrößern. Wenn sich bereits jetzt 28 (oder demnächst 27) EU-Staaten nicht einig werden, ist wohl kaum zu erwarten, dass sich dieser Missstand durch die Erhöhung der Anzahl der Mitgliedstaaten entscheidend bessert. Im Gegenteil, die Fliehkräfte, die die EU auseinandertreiben, könnten sogar noch stärker werden. Die liberale Demokratie, die schon durch die Osteuropäer (Polen, Ungarn) infrage gestellt wird, hat nämlich auch auf dem Balkan keine Tradition. Mutig wäre gewesen, das Europaparlament endlich zu einem vollwertigen Parlament aufzuwerten, es mit dem Initiativrecht auszustatten und

die EU-Kommission wählen zu lassen. Junckers Vorschläge sind zur Lösung der Krise völlig ungeeignet.

12. September 2017

Heiner Geißler ist tot, Deutschland verliert einen der markantesten und intelligentesten Politiker. Geißler war ein ebenso kluger wie kritischer Kopf, allerdings erst nach seinem Abschied von der aktiven Politik. Willy Brandts Vorwurf aus dem Jahr 1985, Geißler sei "seit Goebbels der schlimmste Hetzer in diesem Land", fand damals große Zustimmung. Da war noch nichts vom späteren Attac-Mitglied und vom populären Schlichter beim Bahnprojekt "Stuttgart 21" zu spüren. Geißler war Generalsekretär der CDU und Helmut Kohls Wadenbeißer. Er bezeichnete die SPD als "fünfte Kolonne" des Ostblocks, beschimpfte die Friedensbewegung mit der unsäglichen Aussage, der "Pazifismus der dreißiger Jahre" habe "Auschwitz erst möglich gemacht", und diffamierte linke und liberale Intellektuelle als "Sympathisanten des Terrors" (der RAF). Geißler hatte sich den Vorwurf Brandts redlich verdient. Später wandelt er sich jedoch zu einem profunden Kritiker unseres Wirtschaftsystems. Doch warum so spät? Warum erst nach dem Ende der aktiven Politiker-Karriere? Konnte er vorher nicht anders, wäre er eiskalt abserviert worden? Es bleibt der bittere Nachgeschmack, dass Geißler einen Gutteil seines Lebens genau das förderte, was er später heftig kritisierte. Können Politiker nicht früher zur Besinnung kommen?

11. September 2017

Was wird vom Sommer 2017 im Gedächtnis haften bleiben? Kim Jong-un und die Bombe? Die schlimmen Naturkatastrophen? Die Heimmiederlagen meines Fußballvereins? Mich haben ja die Balkonabbrüche schwer beeindruckt. Echt! In Groß-Bieberau ist an einem neu errichteten Seniorenzentrum ein Balkon abgebrochen. Zum Glück gab es weder Tote noch Verletzte. Weniger Glück hatten ein Vater und sein Sohn in Nussloch. Als der Balkon ihrer Wohnung abbrach, fielen sie aus dem 2. Obergeschoss in die Tiefe. Beide überlebten. Auch im Münchner Stadtteil Obergiesing ist in diesem Jahr ein Balkon abgebrochen. In Remscheid ebenso. Flugzeugabstürze schocken alle, doch eine ungleich größere Gefahr sind offenbar unsere Balkone. Ich habe ebenfalls einen Balkon. Und im Sommer sitze ich dort ziemlich oft in der Sonne und lese ein Buch. Oder genieße einfach bloß die Wärme. Bis zum Erdboden sind es geschätzte 20 Meter, meine Wohnung befindet sich nämlich im 4. Obergeschoss. Ein mulmiges Gefühl.

Falls man von dort in die Tiefe fällt, schlägt man hoffentlich mit dem Kopf voraus auf dem Betonboden auf. Bestimmt ein absolut schmerzfreier Tod. Bis der Schmerzreiz im Gehirn ankommt, ist es längst futsch. Das eigentliche Problem ist der freie Fall, bei 9,81 m/s dauert er immerhin 2,02 Sekunden. 2,02 Sekunden Todesangst. Ob man einen solchen Sturz überleben will, glaube ich kaum. Die körperlichen Einschränkungen für den Rest des Lebens wären gewiss immens. Doch das muss jeder für sich selbst entscheiden. 2017 habe ich jedenfalls überlebt. Und da es nun kühler wird, dürfte das Risiko bis zum Frühjahr 2018 vernachlässigbar sein. Helmpflicht auf dem Balkon? Sicherungsseile wie beim Bergsteigen? Hilft nichts oder ist lächerlich. Die einzige Methode, den Absturz hundertprozentig auszuschließen, besteht darin, den Balkon nie wieder zu betreten. Aber wir steigen ja auch immer wieder in Flugzeuge, obwohl die gelegentlich abstürzen. Der Mensch verdrängt gerne. Muss verdrängen. Würden wir Risiken wirklich ernst nehmen, müssten wir alle Autos meiden. Das machen natürlich nur wenige. Mir geht es mit meinem Balkon genauso.

09. September 2017

Harvey? Irma? Ach, papperlapapp! Alles bloß eine Erfindung von Leuten, die uns einreden wollen, es gebe tatsächlich einen Klimawandel. Fake-News! In Wahrheit hatte Houston gar kein Problem, jedenfalls nicht mit einem gewissen Harvey. Und noch nicht einmal mit Apollo 13, denn wir wissen ja, die Mondlandungen wurden in Hollywood gedreht. In Florida

herrscht derzeit bestes Badewetter. Die Mär vom alles zerstörenden Wirbelsturm Irma haben Urlauber in die Welt gesetzt, die den Strand endlich einmal für sich alleine haben wollten. Ostküsten-Intellektuelle, New York Times-Leser, Clinton-Anhänger, Democrats (igitt!), die sich mit ihrer bleichen Haut gerade einen ordentlichen Sonnenbrand holen, während Millionen aufrechte Trump-Wähler völlig grundlos ins Landesinnere flüchten. Der konservative Radiomoderator Rush Limbaugh hat absolut recht: Die behördlichen Warnungen vor den Hurrikans sind eine Verschwörung zwischen Staat und Unternehmen, um Menschen dazu zu bringen, Batterien und Trinkwasser zu kaufen. Wie es die ruchlosen Verschwörer allerdings geschafft haben, in Houston zeitgleich sämtliche Hydranten und Wasserhähne aufzudrehen, ist bislang noch ungeklärt.

Ebenfalls bloß eine krude Verschwörungstheorie: Angeblich hat sich die Nordsee in den vergangenen 45 Jahren mit 1,67 Grad Celsius doppelt so schnell erwärmt wie die Ozeane. Haben Sie da im Sommer mal den Fuß reingestreckt? Wenn ja, dann würden Sie jetzt nicht mehr von Erwärmung sprechen. Höchstens 17 Grad hat das Wasser. Und wissen Sie, wie Hurrikans wirklich entstehen? Das ist die heiße Luft der Lügenpresse, die sich über dem Atlantik verwirbelt. Oder nordkoreanische U-Boote, die dort auf Geheiß von Kim Jong-un rasend schnell im Kreis fahren. Eventuell auch gigantische russische Whirlpools, heimlich von der okkupierten Krim in die Karibik verschifft. Alles, nur kein Klimawandel. Bestes Beispiel: Mein Balkon. Ich geh' raus, und was muss ich anziehen? Ein Sweatshirt. Es ist kühl, weit und breit kein Hurrikan in Sicht. Sehen Sie... Vielleicht sollte ich mich im Weißen Haus als Kommunikationsdirektor bewerben. Soweit ich weiß, ist Anthony Scaramuccis Stelle noch vakant. Oder als Umweltexperte - keine Ahnung, aber mit großem Sendungsbewusstsein gesegnet. Donald Trump liebt solche Burschen.

08. September 2017

Nachdem sich Angela Merkel und Martin Schulz im TV-Duell für die Beendigung der Beitrittsgespräche mit der Türkei ausgesprochen haben, holte sich Außenminister Sigmar Gabriel mit diesem Ansinnen beim EU-Außenministertreffen in Tallinn einen Korb. Es ist ohnehin zweifelhaft, ob die neue deutsche Position ehrlich gemeint ist, vermutlich ist sie nur dem Wahlkampf geschuldet. Doch davon abgesehen muss man den Mehrheitswillen der EU-Mitgliedstaaten akzeptieren, auch wenn er einem nicht gefällt. In den Leserkommentaren auf tagesschau.de gab es daraufhin böse Kommentare in Richtung EU: Man solle die EU auflösen, die EU sei ein künstliches, nicht lebensfähiges Gebilde, die Interessenunterschiede seien einfach zu groß.

Ich befürworte zwar ebenfalls den Abbruch der Beitrittsgespräche, aber die Kritiker der EU verkennen offenkundig deren Wesenskern. Wenn wir Polen und Ungarn kritisieren, weil sie nicht einmal das Urteil des EuGH zu den Flüchtlingsquoten anerkennen wollen, können wir doch nicht im gleichen Atemzug die ganze EU infrage stellen, bloß weil sich Deutschland derzeit in der Beitrittsfrage nicht durchsetzen kann. So funktioniert die EU gewiss nicht: Deutschland zahlt und die anderen spüren. Wir müssen vielmehr die Interessen unserer Partner respektieren - selbst wenn wir das Gegenteil präferieren. Solange die EU-Mitgliedstaaten an der Substanz der Gemeinschaft festhalten (demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten), darf es in Sachfragen durchaus Meinungsverschiedenheiten geben. In Demokratien ist so etwas vollkommen normal.

Genau das ist ja der Unterschied: Deutschland befindet sich lediglich in einer zugegebenermaßen wichtigen Einzelfrage in der Minderheit, Polen und Ungarn beschädigen jedoch mit ihrem Verhalten das Fundament, auf dem die Europäische Gemeinschaft errichtet ist. Deutschlands Niederlage beim Außenministertreffen bedeutet deshalb, im Gegensatz zum polnischen und ungarischen Ausscheren, keine Gefahr für die EU. Was tun? Nun, was in einer Demokratie üblich ist: Beharrlich für den eigenen Standpunkt werden, vielleicht schließen sich die anderen dem irgendwann einmal an.

07. September 2017

Demokratie bedeutet, selbst über das eigene Schicksal bestimmen zu können. Etwa darüber, welche Politik betrieben wird und wohin das Staatsschiff steuern soll. Der demokratische Staat beruht auf einem Gesellschaftsvertrag, der auf Freiwilligkeit beruht und einem beständigen Wandel unterworfen ist. Die Zustimmung zu diesem Gesellschaftsvertrag kann nicht erzwungen werden, man muss vielmehr ständig für dessen Aufrechterhaltung werben. Solange die Mehrheit von seinem Nutzen überzeugt ist, wird er eingehalten und bleibt bestehen. Wenn ihn nur noch eine Minderheit befürwortet, wird er entweder in freier Übereinkunft geändert oder verliert das Attribut "demokratisch".

Spanien wehrt sich gegen separatistische Bestrebungen von Katalonien, der wohlhabenden Region im Nordosten der iberischen Halbinsel. Das Regionalparlament in Barcelona will das Volk am 1. Oktober über die Unabhängigkeit abstimmen lassen, die spanische Zentralregierung wehrt sich mit juristischen und polizeilichen Maßnahmen. Ungefähr die Hälfte der 7,5 Mio. Einwohner Kataloniens wollen sich Umfragen zufolge von Spanien lösen, die Separatisten sind demnach keine zu vernachlässigende Minderheit. Wie der Wille der Katalanen wirklich ist, lässt sich aber nur in einem Referendum feststellen. Es verhindern zu wollen, ist falsch, weil die Selbstbestimmung der Menschen den Wesenskern der Demokratie ausmacht.

Klüger wäre, die Regierung in Madrid würde das Referendum erlauben (mit allen daraus resultierenden Konsequenzen), aber massiv für den Verbleib der Region im spanischen Staat werben. Die Feststellung des Volkswillens durch Zwang verhindern zu wollen, ist kontraproduktiv. Dadurch bekommt der Separatismus nur noch mehr Auftrieb. Man verhindert keine Ehescheidung, indem man den Partner zu Hause einsperrt. Besser ist, zu sagen: "Wenn du gehen willst, geh! Aber ich würde gerne mit dir zusammenbleiben." In diesem Sinne sollte die Zentralregierung in Madrid handeln. Vielleicht wollen die Katalanen ja bleiben.

05. September 2017

Die 68er rebellierte gegen ihre Eltern und fragten nach deren Verstrickung in die Nazi-Barbarei. Der Spießigkeit der fünfziger und sechziger Jahre traten sie mit Jeans, langen Haaren, den Rolling Stones ("Sympathy for the Devil"), dem Konzept der freien Liebe und dem Konsum von Drogen entgegen. Ich weiß noch, wie peinlich berührt wir Mitte der siebziger Jahre waren, wenn die Eltern von Dieter überraschend im Partykeller auftauchten. Wir wollten lieber ungestört saufen, rauchen und mit den Mädchen knutschen, aber keine Moralpredigt hören. Manche versuchten verzweifelt, mit den Händen noch schnell den Zigarettenrauch zu vertreiben, was natürlich vollkommen sinnlos war. Zum Glück waren Dieters Eltern tolerant, sie baten lediglich darum: "Treibt's nicht so toll." Treiben? Wir doch nicht!

Was die Toleranz und die Aufmüpfigkeit angeht, muss man sich heutzutage eher über die angepasste Jugend beklagen. Verkehrte Welt: Im badischen St. Leon-Rot hat ein 15-Jähriger seine Mutter bei der Polizei verpiffen, weil sie zu Hause im heimischen Garten Cannabis anbaute. In den späten Sechzigern geschah das allenfalls umgekehrt, wenn Eltern mit ihrem missratenen Nachwuchs nicht mehr anders zurechtkamen. Anstatt den renitenten Stones hagelt es nun Sympathy for Helene Fischer: No Sex, no Drugs and no Rock 'n' Roll. Wedeln im Partykeller ist nicht mehr nötig, denn Rauchen ist inzwischen ebenfalls out, dort herrscht jetzt klinische Reinheit. Die Urenkel hätten sich mit der Nachkriegsgeneration bestens verstanden. Und mittendrin eingeklemmt: die armen 68er und deren Kinder. Wie missraten die Jugend ist, wusste schließlich schon Aristoteles.

Apropos: Der griechische Historiker Herodot berichtete bereits 100 Jahre vor dem Begründer der Logik über die berauschende Wirkung von Hanfsamen. Kein Wunder, dass von der Akropolis nur noch Ruinen übrig geblieben sind und die Griechen mittlerweile von Not-

krediten leben müssen. Diesen rauschbedingten Kulturverfall vor Augen, konnte der 15-Jährige offenbar gar nicht anders handeln. Das entschuldigt ihn. Ein bisschen.

05. September 2017

Cem Özdemir von den Grünen stellte beim 5er-TV-Duell dem Spitzenkandidat der CSU eine Frage (ab 1:02:45): "Sie sind doch eine Partei mit dem C im Namen, warum tun Sie sich so schwer mit der Schöpfungsbewahrung? Sie müssten doch die Weltmeister sein bei der Abschaltung der Kohlekraftwerke." Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann konterte: "Wo gibt's denn in Bayern noch ein Kohlekraftwerk? Wovon reden Sie denn?" Das war entweder dumm oder dreist. Özdemir hatte es zwar nicht parat, was mich etwas enttäuscht hat, aber Herrmann kennt sich anscheinend nicht einmal in der eigenen Heimat aus:

- Das GKS-Gemeinschaftskraftwerk im bayerischen Schweinfurt ist ein Kohlekraftwerk, laut Wikipedia werden dort jährlich 45.000 t Steinkohle verbrannt.
- Das Kraftwerk im bayerischen Zolling verbrennt ebenfalls Steinkohle.
- Auch das Heizkraftwerk im bayerischen Erlangen verbrennt Steinkohle.
- Block 2 des Heizkraftwerks Nord bei München verbrennt pro Jahr ca. 800.000 t Steinkohle.

Schade, dass die meisten, die das TV-Duell der kleineren Parteien verfolgt haben, wohl kaum im Internet recherchieren werden. Man müsste mal einen Simultan-Fake-News-Entarner erfinden, der Falschaussagen unverzüglich als solche anzeigt. Mit Künstlicher Intelligenz à la Watson müsste sich das doch machen lassen. Das wäre eine Mordsgaudi, wenn es auf dem Bildschirm ständig rot blinken würde.

03. September 2017

Es gibt in puncto Nordkorea eigentlich nur drei Optionen:

1. Kim Jong-un ignorieren. Motto: Ach lass ihn doch... Die atomare Abschreckung wird ihn schon von unbedachten Angriffen abhalten (sofern er nicht verrückt ist).
2. Diplomatie. Warum sich nicht mit dem übergewichtigen Teufel von Pjöngjang am Verhandlungstisch zusammensetzen? Motto: Mal sehen, was dabei herauskommt.
3. Krieg. Wenn Donald Trump zu dem Ergebnis kommt, dass ein paar Millionen tote Südkoreaner besser sind als ein paar Millionen tote Amerikaner, wird's eng für Kim Jong-un. Und für die Welt, denn sogar ein regionaler Atomkrieg kann den ganzen Planeten verwüsten.

03. September 2017

20:15 Uhr: High Noon des Bundestagswahlkampfes - das TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz. Meine Erwartungen: keine.

Blabla, blabla, blabla... Leider müssen wir demnächst bis 70 arbeiten, denn die Bundeskanzlerin hat das ausdrücklich ausgeschlossen. Wie die Pkw-Mau beim letzten TV-Duell vor vier Jahren mit Peer Steinbrück. Der einzige echte Punkt von Schulz. Erdogan war bestenfalls ein halber. Der Rest war das, was man ohnehin schon wusste. Angela Merkel ist, wie sie nun mal ist - ruhig, sachlich, rational. Sie macht durchaus einen guten Eindruck, auch wenn ich sie nicht wählen werde. Das TV-Duell hat jedenfalls keine Wechselstimmung erzeugt, CDU und SPD sind sich halt zu nah. War zu erwarten.

21:55 Uhr: Meine Erwartungen sind eingetroffen. Meine Befürchtung: Nichts ändert sich. Es sei denn, es reicht tatsächlich für eine schwarz-gelbe Koalition. Der SPD würden vier Jahre Opposition ganz gut tun. Mindestens vier Jahre.

02. September 2017

Wow, Donald Trump ist zum zweiten Mal nach Texas geflogen. Und nun hat er sogar mit Opfern der Überschwemmungskatastrophe gesprochen. Wurde ja auch langsam Zeit.

Rührend, wie Trump ein kleines Mädchen auf den Arm genommen hat. Er und seine Frau haben außerdem in einer Notunterkunft Essen ausgeteilt. So viel Mitgefühl, so viel echte Zuneigung. Vor allem: Melania (FLOTUS = First Lady of the United States) war diesmal passend gekleidet. Jedenfalls vor Ort. Da haben Trumps PR-Berater wirklich ganze Arbeit geleistet. War bestimmt schwer. Wenn auch ein bisschen abgeschmackt, Kinder sind ja bei Politikern seit Jahrzehnten Standard, wenn sie der Nation Mitgefühl vorgaukeln. Es ist, um es in Trumps Worten auszudrücken, alles großartig und fantastisch.

02. September 2017

Angesichts der Verhaftung von zwei weiteren Deutschen in der Türkei will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Türkeipolitik "vielleicht weiter überdenken". Wie oft eigentlich noch? Das sagt sie doch schon seit Wochen und Monaten - ohne dass irgendetwas passiert. Erdogan ist schwer beeindruckt. (Achtung: Ironie!)

Und so wird es wohl weitergehen:

- Am 24. Februar 2018 wird der Journalist Deniz Yücel ein Jahr in Haft sein - Bundeskanzlerin Merkel droht damit, ihre Türkeipolitik "vielleicht weiter zu überdenken".
- Am 24. Februar 2019 wird der Journalist Deniz Yücel zwei Jahre in Haft sein - Bundeskanzlerin Merkel droht damit, ihre Türkeipolitik "vielleicht weiter zu überdenken".
- Am 24. Februar 2020 wird der Journalist Deniz Yücel drei Jahre in Haft sein - Bundeskanzlerin Merkel droht damit, ihre Türkeipolitik "vielleicht weiter zu überdenken".
- Am 24. Februar 2021 wird der Journalist Deniz Yücel vier Jahre in Haft sein - Bundeskanzlerin Merkel droht damit, ihre Türkeipolitik "vielleicht weiter zu überdenken".
- Am 24. Februar 2022 wird der Journalist Deniz Yücel fünf Jahre in Haft sein - Bundeskanzler Karl-Theodor zu Guttenberg droht damit, seine Türkeipolitik endgültig zu überdenken.

Die Untersuchungshaft in der Türkei kann bis zu fünf Jahre dauern - ohne Anklage oder Prozess. Yücel könnte also noch in Haft sein, wenn Angela Merkel schon lange keine Bundeskanzlerin mehr ist. Einziger Trost: Über ihre Türkeipolitik wird sie auch noch im Ruhestand nachdenken. Vielleicht. 2024 wird dann endlich der Entschluss gefasst, die EU-Vortrittsbeihilfen zu streichen. Schade, dass sie bis dahin schon vollständig ausgezahlt wurden. Aber Erdogan wird sie bestimmt zurückzahlen. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

01. September 2017

Wenn Russland tatsächlich den INF-Vertrag gebrochen hat, der Mittelstreckenraketen (Reichweite 500 bis 5.500 Kilometer) verbietet, wäre das furchtbar dumm. Die Lage ist nämlich immer noch die gleiche wie zu Beginn der achtziger Jahre: Europa mit Mittelstreckenraketen zu bedrohen, bringt Russland keinen strategischen Gewinn. Deren Stationierung, falls sie wirklich stattgefunden hat, wäre militärisch gesehen sinnlos. Aber der Bruch des INF-Vertrags könnte eine Gegenreaktion Washingtons auslösen. Mittelstreckenraketen der USA, die in Europa stationiert wären, hätten eine kurze Flugzeit und könnten die Vorwarnzeit für das russische Militär auf ein Minimum reduzieren. Die ehemals umstrittene Pershing II konnte Moskau innerhalb von 7 Minuten erreichen, die Vorwarnzeit betrug daher lediglich 2 bis 3 Minuten. Die Pershing II war eine Erstschlagswaffe, die den Atomkrieg aus Versehen wahrscheinlicher machte. Irrtümer lassen sich in 2 bis 3 Minuten kaum korrigieren. Diesen strategischen Nachteil können russische Mittelstreckenraketen, die auf Europa gerichtet sind, geografiebedingt nicht kompensieren. Die adäquate Bedrohung der USA wäre die Stationierung von russischen Mittelstreckenraketen in Kuba. Und wir wissen

ja, wie sensibel die Amerikaner darauf reagieren würden. In der Kuba-Krise anno 1962 stand die Welt am Rande des atomaren Abgrundes.

Wenn die USA den INF-Vertrag mit Verweis auf den unterstellten Vertragsverstoß durch Russland aufkündigen und in Europa ebenfalls wieder Mittelstreckenraketen aufstellen, erhöht das die atomare Bedrohung der Europäer kolossal. Ihre Stationierung wäre deshalb nicht nur dumm, sondern saudumm. Sind in Washington die Träume von einem führ- und gewinnbaren Atomkrieg wirklich restlos ausgeträumt? Vermutlich nicht. Ob sich aber die jungen Europäer von heute genauso zu Massendemonstrationen aufrufen können, wie das ihre Eltern und Großeltern in den achtziger Jahren getan haben, ist fraglich. Eigentlich müssten sie noch viel stärker demonstrieren als damals, denn heute sitzt ein gewisser Donald Trump am roten Knopf. "Verglichen mit Herrn Trump ist Wladimir Putin ein hoch rationaler Mann", behauptet Altkanzler Gerhard Schröder. Aber wir wissen ja, wie wenig treffsicher Schröders Aussagen sind, schließlich hat er seinen Männerfreund einst auch als lupenreinen Demokrat bezeichnet. Beunruhigende Zeichen.